

„Leinen los!“ für Grün-Schwarz

Sie haben lange und hart verhandelt. Die bundesweit erste grün-schwarze Landesregierung ist vom Stapel gelaufen.

Sieben Wochen nach der Landtagswahl liegt der Koalitionsvertrag für die bundesweit erste grün-schwarze Regierung in trockenen Tüchern. Die große Verhandlungsrunde der Grünen und der CDU einigte sich nach wochenlangem Tauziehen. Sowohl Grüne als auch die CDU gehen dem eigenem Bekunden nach, „schweren Herzens“ in das neue Bündnis. Trotzdem standen nach der Zustimmung auf beiden Landesparteitagen, der bundesweit ersten grün-schwarzen Landesregierung, keine Hindernisse mehr im Weg. Der Koalitionsvertrag ist am Montag in Stuttgart unterzeichnet und am Donnerstag Winfried Kretschmann erneut zum Ministerpräsidenten gewählt worden.

Die Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) im Beamtenbund gratulieren dem wiedergewählten Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, allen Kabinettsmitgliedern und Landtagsabgeordneten zur Wahl. Wir wünschen der neuen Landesregierung einen guten Start und freuen uns auf den Dialog und eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen.



Artikel in dieser Ausgabe

1. „Leinen los!“ für Grün-Schwarz
2. Koalition: Keiner muss sich aufgeben
3. Das sind die neuen Minister
4. Sieht Grün-Schwarz den Ernst der Lage?
5. Beamtenbund warnt neue Landesregierung
6. Wenn Gewalt unter die Haut geht
7. Erfolgreicher DPoIG-Betreuungseinsatz

Impressum

Redaktion:
Sven Heinz, 72820 Sonnenbühl
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: sven.heinz@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Keiner sich aufgeben oder verbiegen

Jede Partei beansprucht für sich, die meisten Parteiziele im Koalitionspapier verwirklicht zu haben.

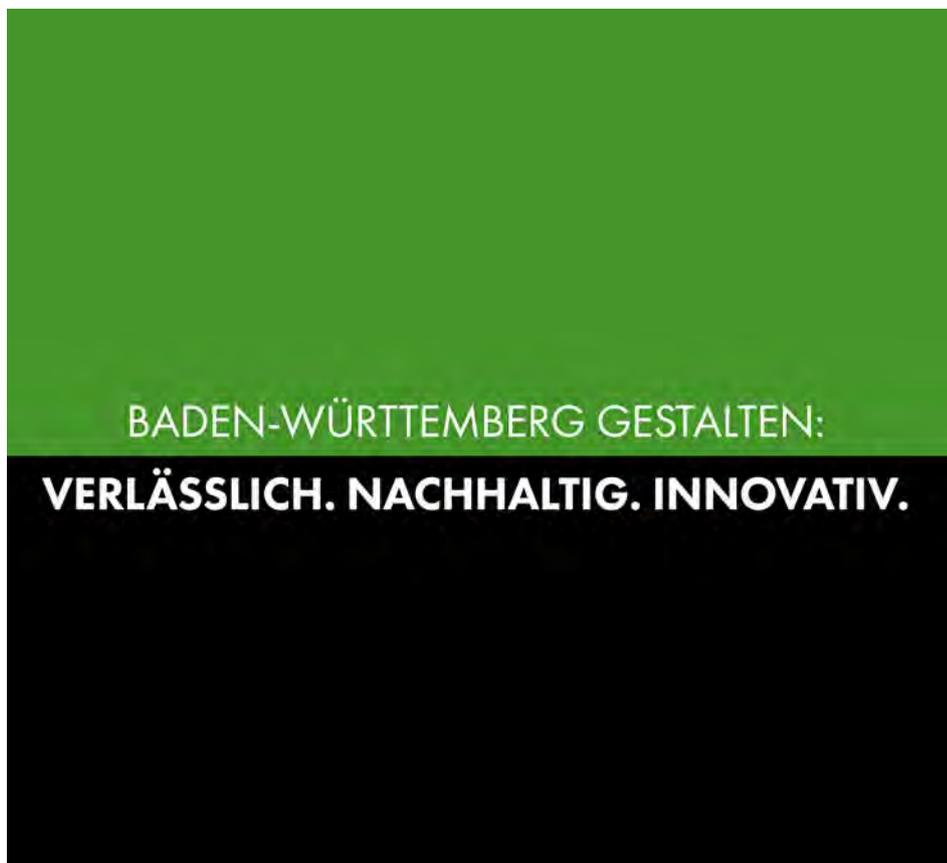
CDU-Funktionäre postulieren bei etlichen Kreisparteitagen landauf landab, dass der Koalitionsvertrag zwar „mit einigen grünen Überschriften, aber mit viel schwarzer Tinte“ geschrieben worden sei. Manchmal wird daraus sogar „ganz viel schwarze Tinte“, wenn Erfolge gegenüber eigenen kritischen Reihen besonders dargestellt werden sollen. Die Vertreter des grünen Koalitionspartners betonen ihrer Klientel gegenüber, die „in grünen Überschriften klar richtungsgebenden Vorgaben der Grünen“.

Kretschmann sagte beim Grünen-Parteitag in Leinfelden-Echterdingen, in der grün-schwarzen Koalition müsse sich niemand aufgeben und niemand verbiegen. Grün-Schwarz könne eine bürgerliche Koalition im besten Sinne werden.

Mehrere Grünen-Delegierte bemängelten die gemachten Zugeständnisse im Bereich der Inneren Sicherheit. Die Grüne Jugend kritisierte beispielsweise, dass die neue Landesregierung im Bundesrat der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf die nordafrikanischen Länder Marokko, Algerien und Tunesien zustimmen will.

„Keiner muss sich aufgeben oder verbiegen.“ (Winfried Kretschmann, Ministerpräsident)

Auch beim Landesparteitag der CDU hagelte es Bedenken. Thomas Strobl warb erneut für eine Regierung mit den Grünen. Die CDU habe sich in den Koalitionsverhandlungen zwar nicht 100 Prozent durchsetzen können, aber ihre Handschrift sei deutlich erkennbar. Bei manchem Redner schimmerte erkennbar die Angst vor einem Bedeutungsverlust in Kretschmanns Schatten durch. An den geplanten Einsparungen bei den Landesbeamten gab es innerhalb der Christdemokraten heftige Kritik, nach-



Hehre Leitgedanken, Grafik: Koalitionsvertrag

dem bekanntgeworden war, dass die Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst nur abgespeckt auf die Beamten übertragen werden sollen und Kürzungen der Pensionen für künftige Landesdiener im Raum stehen.

„Die Handschrift der CDU ist deutlich erkennbar.“ (Thomas Strobl, CDU-Landesvorsitzender)

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU und Grüne nach Ansicht des Politologen Oscar Gabriel gleichermaßen durchgesetzt. „Die Erfolge der CDU sind vor allem auf dem Feld der Inneren Sicherheit zu sehen“, sagte Gabriel der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart. Die Grünen hingegen hätten sich in der Bildungspolitik durchgesetzt, etwa bei der weiteren Genehmigung von Gemeinschaftsschulen. Die CDU erhalte mit dem durch Migration

und Digitalisierung aufgewerteten Ressort Innere Sicherheit ein starkes Ministerium. Die Polizei werde aufgestockt, die Möglichkeiten des Alkoholkonsums potenziell eingeschränkt und die landesweite Sperrzeitenregelung stehe auf dem Prüfstand.

„CDU und Grüne haben sich gleichermaßen durchgesetzt.“ (Oscar Gabriel, Politologe)

Die Leitsätze mit denen das Koalitionspapier überschrieben sind, klingen jedenfalls vielversprechend. Die Vertreter des Beamtenbundes mit Tarifunion, sowie der DPoIG, werden ein wachendes Auge darauf haben, wie verlässlich, wie nachhaltig und wie innovativ das 138 Seiten starke Papier und grün-schwarze Landespolitik tatsächlich sein wird.

DAS SIND DIE NEUEN



EDITH SITZMANN:
Die bisherige Grünen-Fraktionschefin wechselt ins Kabinett, um das **Finanzressort** zu übernehmen. Die 53-Jährige wuchs im bayerischen Regensburg auf und lebt heute in Freiburg. Seit 1991 engagiert sie sich bei den Grünen, seit 2002 hat sie ein Landtagsmandat.



FRANZ UNTERSTELLER:
Die Energiewende voranzubringen, Windräder im Südwesten zu etablieren - das ist der Auftrag für den 59-jährigen Saarländer, der seit 2011 **Umweltminister** ist und wieder dem Kabinett angehört. Seit 1983 ist er bei den Grünen, seit 2006 im Landtag.



WINFRIED HERMANN:
Bei den grünen S21-Gegnern hat der 63-Jährige **Verkehrsminister** einen schweren Stand, seitdem er das Bahnprojekt nach dem Bürgerentscheid zähneknirschend mitträgt. Er steht für Ranglisten bei Straßenbauprojekten und den Vorrang von Sanierung statt Neubau von Infrastruktur.



THERESIA BAUER:
Dass sie **Wissenschaftsministerin** im grün-schwarzen Kabinett bleibt, war unstrittig. Insbesondere die Hochschulrektoren sind der Politologin dankbar. Denn sie sagte ihnen eine Finanzspritze von 1,7 Milliarden Euro von 2015 bis 2020 zu. Die 51-jährige Heidelbergerin wird als Nachfolgerin von Ministerpräsident Winfried Kretschmann gehandelt.



MANFRED LUCHA:
Im schwarzen Oberschwaben bekam der 55-jährige Chemiewerker, Krankenpfleger und Diplom-Sozialarbeiter bei der Landtagswahl im März erstmals das Direktmandat für die Grünen. Bereits 2011 war der neue **Sozialminister** mit einem Ausgleichsmandat in den Landtag eingezogen.



THOMAS STROBL:
Wird **Vize-Regierungschef und Innenminister** in Stuttgart. Der 56-jährige Jurist ist einer von fünf Stellvertretern von Parteichefin Angela Merkel und bislang auch Anführer der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten im Bundestag. Der Heilbronner ist seit 1998 Abgeordneter im Bundestag. Sein Schwiegervater ist Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU).



GUIDO WOLF:
Der 54-Jährige wollte am liebsten das Wirtschaftsressort. Doch nach Protesten diverser Wirtschaftsverbände muss sich der Jurist und frühere Kommunalpolitiker Wolf nun mit dem etwas unbedeutenderen **Justizministerium** begnügen. Der frühere Landrat von Tuttlingen war von 2011 bis 2015 Landtagspräsident.



PETER HAUK:
Der einstige CDU-Fraktionschef wird eher dem liberalen Flügel seiner Partei zugerechnet, gab aber über vier Jahre den Terrier an der Spitze der Fraktion. Hauk stammt aus dem Odenwald. Seit 1992 sitzt der 55-Jährige Forstwirt im Landtag. Von 2005 bis 2010 war er bereits **Minister für Ernährung und Ländlichen Raum**, was er nun erneut wird.



SUSANNE EISENMANN:
Die 51-jährige Stuttgarter Schulbürgermeisterin befriedigt als **Kultusministerin** nicht nur die Forderung der Frauen Union nach weiblichen Ressortchefs, sondern verkörpert in der CDU auch die Anliegen der großen Städte. Im Städtetag leitet die promovierte Philologin den Bildungsausschuss. Von 1991 bis 2005 war sie Büroleiterin vom damaligen CDU-Landtagsfraktionschef und späteren Ministerpräsidenten Günther Oettinger.



NICOLE HOFFMEISTER-KRAUT:
Die 43-jährige **Wirtschaftsministerin** aus Balingen ist die größte Überraschung im grün-schwarzen Kabinett. Die Unternehmerin zog im März per Direktmandat in den Landtag ein. Die promovierte Betriebswirtin startete ihre Karriere 2002 als Analystin beim Wirtschaftsprüfkonzern Ernst & Young in London und Frankfurt. Seit 2009 sitzt sie im Balingen Gemeinderat und seit 2014 zudem im Kreistag des Zollernalbkreises.

Sieht Grün-Schwarz Ernst der Lage?

Wer die Frage des Personalzuwachses und die Ausstattung der Polizei unter einen Finanzierungsvorbehalt stellt, hat den Ernst der Lage beim Thema Innere Sicherheit nicht erkannt.

Nach dpa-Meldungen hatten sich Grüne und CDU während den Koalitionsgesprächen geeinigt, zwar neue Polizeistellen in Baden-Württemberg zu schaffen, die Anzahl und die Schaffung aber unter einen Finanzvorbehalt zu stellen. Die DPoIG reagierte darauf mit einer Pressemeldung, die bei den Koalitionären offenbar gesessen hat. Wir ziehen ein erstes Fazit.

„Wer Personalstellen verweigert, der versündigt sich an den Bürgerinnen und Bürgern und stellt den Eid auf die Landesverfassung in Frage, bevor man ihn spricht“, so der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, Ende April.



Ralf Kusterer appellierte öffentlich an die künftigen Koalitionäre

Tatsächlich ist Baden-Württemberg längst nicht mehr so sicher, wie es das einmal früher war. Bitter müssen wir feststellen, dass auf offener Straße Menschen angeschossen und getötet werden. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich unsicher. Und immer mehr Menschen werden zu Opfern krimineller Handlungen, nicht nur bei Einbrüchen. Nach Auffassung der DPoIG muss man dringend das Ruder herumreißen. Wer so weiter macht,

setzt das staatliche Gewaltmonopol aufs Spiel. Wer so weiter macht stärkt rechtsradikale Tendenzen und begünstigt linksautonome Strukturen. Wer so weiter macht trägt Schuld am Kollaps der Inneren Sicherheit.

Kollaps der Inneren Sicherheit verhindern.

Mit der Nichtteilnahme der Polizei Baden-Württemberg am Blitzmarathon erlebten Bürger eine politische Bankrotterklärung der letzten Landesregierung. Weil die über Maßen belastete dünne Personaldecke der Polizei unter dem Druck vielfältiger Aufgaben fast kolabierte, beteiligte sich Baden-Württemberg nicht an der europaweiten Kampagne zur Bekämpfung der Verkehrsunfallursache Nummer Eins. Offensichtlich war das keine wichtige Aufgabe mehr. Dabei sterben tausende von Menschen jedes Jahr auf unseren Straßen. Kusterer schwor die Politik darauf ein, sich ihrer gesellschaftlichen und verfassungsgemäßen Verantwortung zu stellen. **Mit dem Ergebnis, dass die „1500 zusätzlichen Stellen bei der Polizei“ mittlerweile in den Koalitionsvertrag eingeflossen sind.**

Geforderter Personalzuwachs muss dringend kommen.

Die DPoIG forderte darüber hinaus eine zügige Schaffung von Stellen für Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigte um eine notwendige schnelle Entlastung der total überforderten Polizeibeschäftigten zu erreichen. Die Ausbildung von Polizeibeamten dauert Jahre. Nur Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigten kann man bei ordentlicher Bezahlung sofort auf dem Arbeitsmarkt gewinnen und die Polizeibeschäftigten von deren überbordenden Belastung ein klein wenig entlasten.

Das Bekenntnis der neuen Landesregierung 1500 zusätzliche Stellen zu schaffen, ohne eine Deckelung in Vollzug und Nichtvollzug vorzunehmen, schafft die stellenpolitischen Voraussetzungen hierzu und wird von der Deutschen Polizeigewerkschaft ausdrücklich unterstützt.

Freiwilliger Polizeidienst bleibt.

Bei den rund 1000 Polizeifreiwilligen die aktuell die Polizei bei Großveranstaltungen unterstützen und entlasten, damit die Polizeiprofis ihre originären Aufgaben wahrnehmen können, handelt es sich zumindest aktuell um einen unverzichtbaren Sicherheitsfaktor. Neben der Landesleitung intervenierte auch der DPoIG-Landesbeauftragte für den Freiwilligen Polizeidienst, Norbert Schwarzer, während den laufenden Koalitionsgesprächen bei den Verhandlungsführern beider Seiten. Mit Erfolg! **Grün-Schwarz hat das Votum der DPoIG für den Erhalt des freiwilligen Polizeidienstes gehört und im Koalitionsvertrag verbrieft. Wenn nun auch noch die entsprechenden Haushaltsmittel für Aufruf, Ausstattung und Fortbildung des Freiwilligen Polizeidienstes bereit gestellt werden, ist dies eine gute Entwicklung.**

Materielle Ausstattung verbessern.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte vor der Wahl darauf hingewiesen, dass sich 3 oder 4 Polizeibeamte bei Großeinsätzen einen Einsatzhelm teilen müssen. „Das ist ein Synonym für die schlechte materielle Ausstattung der Polizei in Baden-Württemberg“, so Kusterer. „So schön wie manche Polizeifahrzeuge aussehen, umso schlechter sieht es hinter den Kulissen aus. Wer mit der Kreidetafel arbeitet darf nicht glauben, dass man damit Internetkriminalität bekämp-

Fortsetzung von vorheriger Seite

fen kann.“ Die Erfahrung zeigt, dass Geld da ist, man muss es nur an der richtigen Stelle einsetzen. Gerade die Polizeibeschäftigten müssen feststellen, dass offensichtlich der Inneren Sicherheit und den Rahmenbedingungen polizeilicher Arbeit nicht die Priorität zugeordnet wird, wie es erforderlich wäre. Jüngste Beispiele zeigen, dass beispielsweise für Aufgaben der Zuwanderungen Millionen in unvorstellbarer Größenordnung bereitgestellt wurden.

Die moderne und zeitgemäße Ausstattung der Polizei haben sich die Koalitionäre sogar zur Daueraufgabe gesetzt.

Bildungsoffensive mit Bauprogramm.

Während der Koalitionsgespräche erneuerte die DPoIG ihre Forderung nach einer Bildungsoffensive, welche teilweise erst unlängst getroffene Entscheidungen rückgängig macht. In der polizeilichen Ausbildung müssen junge Auszubildenden schon in Stockbetten schlafen, weil mit einer verfehlten Schließung von Polizeiausbildungsstandorten eine zukunftsfähige Polizeiausbildung vernichtet wurde. Dabei wurde schon die theoretische Ausbildung gekürzt, weil die Betten fehlen. Alleine an der Hochschule für Polizei fehlen 500 Betten. Ganz zu schweigen von fehlenden Professoren, Verwaltungspersonal, Unterrichtsräume und selbst Parkplätzen. Nach Auffassung von Kusterer benötigen wir dringend ein Bauprogramm, beginnend an der Hochschule für Polizei in Villingen-Schwenningen. Ebenso weitere erwachsenengerechte Ausbildungsplätze die den modernen Anforderungen gerecht werden und technische Rahmenbedingungen wie Internet und WLAN endlich als Standard bieten. Die Deutsche Polizeigewerkschaft geht davon aus, dass mindestens 800 weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden müssen um die notwendigen Ausbildung auch nur einigermaßen qualitativ umsetzen zu können.

Die Koalitionäre einigten sich darauf, die Polizeireform und ihre Auswirkungen unter Einbindung der polizeilichen Basis und Berufsvertretungen

auf den Prüfstand zu stellen. Weitere und offene Reformschritte werden bis auf Weiteres ausgesetzt. Eine „Zukunftsoffensive Kriminalpolizei“ soll eingeleitet werden.

Finanzielle Ausstattung sachgerecht erhöhen – keine Kriminalitätsbekämpfung nach Kassenlage

Die DPoIG wies auch auf den an einen betrügerischen Bankrott erinnernden Polizeihaushalt hin. Für den Haushalt 2017 wurde der Polizei eine Globale Minderausgabe von 7,362 Mio Euro auferlegt. Ein solcher Haushalt ist nicht auskömmlich. Nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft müssen weitere Finanzmittel beispielsweise für dringende Investitionen oder etwa die Ausstattungen und Umzugskosten für neue Liegenschaften getätigt werden. Dabei geht die Deutsche Polizeigewerkschaft mindestens von einem jährlichen Betrag in Höhe von 30 Mio Euro für laufende Investitionen aus.

Völlig unzureichend ist die finanzielle Ausstattung bei den Ermittlungskosten. Schon jetzt unterbleiben nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft viel zu oft weitere Ermittlungsmaßnahmen, weil die Gelder dafür nicht zur Verfügung stehen, bzw. dort gespart werden.

Der Koalitionsvertrag beinhaltet die Zusage einer „aufgabengerechten personellen wie sachlichen Ausstattung der Sicherheitsbehörden“. Bandendelikte und organisierte Kriminalität sollen durch intensiverte Vermögensabschöpfung verstärkt bekämpft werden. Der Schwellenwert der Mittelzuweisung an die Polizei zur Finanzierung kostenintensiver Ermittlungsverfahren wird abgesenkt.

Unser Fazit

Nach Bekanntwerden der Inhalte des Koalitionspapiers freute sich DPoIG-Landeschef Ralf Kusterer insbesondere an den „spürbaren Strukturverbesserungen für die Polizei“. „Dazu zähle ich in erster Linie die im Koalitionsvertrag verankerte Zahl von 1500 zusätzlichen Polizeistellen, sowie die Zusage struktureller Ver-

besserungen bei Beamtinnen und Beamten des Nichtvollzugs und im Tarifbereich“, so Kusterer.

Ein Novum ist die in Aussicht gestellte Einrichtung eines Stellenpools für freiwillig verlängernde Bedienstete. Verlängerer blockieren damit nicht die ursprünglich inne gehabte Stellen. Nachzüglerbeförderungen auf den freigewordenen Stellen sind zukünftig trotz Verlängerungen möglich.

Die scharfe Reaktion der DPoIG während den laufenden Koalitionsgesprächen hat mit dazu geführt, dass die Koalitionäre die **beabsichtigten Sparmaßnahmen für Beamte nicht im Koalitionsvertrag fixiert haben.**

Gegenüber dem grün-roten Koalitionsvertrag widmet das Grün-Schwarze Bündnispapier den Themen der Inneren Sicherheit ungleich mehr Seitenzahlen. Auch die darin enthaltenen Aussagen scheinen verbindlicher gegenüber dem Vorgängerpapier zu sein. **Natürlich ist auch dieser Vertrag nicht in Stein gemeißelt** und bietet deshalb noch während der Legislaturperiode **Spielraum für gewerkschaftspolitische Überzeugungsarbeit.**

„Wie dem auch sei. Die Berufsvertreter der DPoIG nehmen die Herausforderungen gerne an und begleiten die neue Landesregierung sachlich-fachlich und gewohnt konstruktiv in der kommenden Legislaturperiode. Ausgangsbasis dafür bildet der bei der DPoIG gelebte objektive Umgang und die kritische Auseinandersetzung mit Sachthemen.



Wir sind realistisch und wissen, das wird auch in der kommenden Legislaturperiode weder ein „Spaziergang“, noch ein „Schmusekurs“. Bei erkannten Missständen gehen wir für unsere Mitglieder, für die Polizei und für die Sicherheit in unserer Gesellschaft, auf die Barrikaden und mit den politisch Verantwortlichen bei Bedarf hart ins Gericht.“

Sven Heinz, Landesleitung

Eingriffe in Alimentation sind verfassungsrechtlich dünnes Eis Beamtenbund (BBW) warnt neue Landesregierung

Der BBW - Beamtenbund Tarifunion reagierte empört auf Pläne der neuen Landesregierung, erneut die Beamten zum Stopfen von Haushaltslöchern heranzuziehen. BBW-Chef Volker Stich warnt die grün-schwarzen Koalitionäre, die Alimentation der Beamten anzutasten.

„Mit der anvisierten Deckelung der Besoldungsanpassungen und der Kürzung der Pensionen begibt sich Grün-Schwarz auf verfassungsrechtlich dünnes Eis“, sagte Stich. Bereits während den Verhandlungen zum Koalitionsvertrags sickerte durch, dass die Verhandlungspartner über eine Giftliste an Sparmaßnahmen arbeiten: **Deckelung der Besoldungsanpassungen auf ein Prozent plus** für mehrere Jahre, eine **Wiederbesetzungssperre für bis zu 7500 Stellen** sowie die **Kürzung der Pensionen** von derzeit maximal 71,75 Prozent auf 70 Prozent.

Grund für diese Sparpläne sei die Deckungslücke von 2,7 Milliarden Euro, die laut aktuellen Berechnungen des Finanzministeriums der Haushalt 2017 aufweist.

Woher kommt plötzlich dieser Haushaltskrater?

„Wo sind die vielen Millionen an Steuermehreinnahmen geblieben, die Finanzminister Nils Schmid in den vergangenen Jahren einkassiert hat“, fragt sich verwundert BBW-Chef Volker Stich und spekuliert: „Hat die einstige Opposition in den zurückliegenden Monaten etwa das Zahlenwerk des Finanzministers nicht kritisch genug unter die Lupe genommen?“

Enttäuscht hat der BBW-Vorsitzende zur Kenntnis genommen, dass die Koalitionäre den BBW als Spitzenorganisation der Beamtenschaft nicht



Nicht wenige Mitglieder verschiedener BBW-Fachgewerkschaften protestierten gemeinsam an den Landesparteitagen der Grünen in Leinfelden-Echterdingen und der CDU in Ludwigsburg

in ihre Überlegungen über massive Spareingriffe in die Alimentation der Beamtenschaft einbezogen haben. „Das hat etwas mit fehlender Wertschätzung zu tun“, sagt Stich.

Deckelung sei verfassungsrechtlich bedenklich.

Eindringlich warnt Stich die neue Landesregierung, in den kommenden Jahren Tarifergebnisse bei der Übertragung auf den Beamtenbereich auf ein Prozent zu deckeln. Eine solche Maßnahme, wie auch eine Pensionskürzung sei verfassungsrechtlich bedenklich. Aus gutem Grund habe Grün-Rot in der zu Ende gehenden Legislatur Pläne zur Kürzung von Beamtenpensionen aufgegeben. Auf welch dünnes Eis man sich mit einem solchen Vorhaben begeben, belege eine Expertise des Justizministeriums zur Alimentation der Beamten aus dem Jahr 2012. Eine klare Rahmenlinie, wann Alimentation verletzt wird, habe dann im Mai und November vergangenen Jahres das Bundesverfassungsgericht mit seinen Urteilen zur Richter- und Beamtenbesoldung gesetzt. Aufgrund dieser Entscheidung habe die Landesregierung von Sachsen bei der Beamtenbesoldung nachjustieren müssen.



Keine einseitige Belastungen!

Ungeachtet fehlender Milliardenbeträge im Landshaushalt hält der BBW an seinen Forderungen nach Rücknahme der abgesenkten Eingangsbesoldung und der zeit- und inhaltsgleichen Übernahmen von Tarifergebnissen auf die Beamtenschaft fest.

Wenn Gewalt unter die Haut geht

Die Brutalität wird hemmungsloser. Pöbeleien, Beleidigungen und Angriffe gehören für viele Polizisten zum Alltag. Manche Attacke geht sogar tödlich aus. Beamte klagen über eine Verrohung der Gesellschaft.

„17-Jähriger beleidigt fünf Polizisten in 20 Minuten“, „Mehr als 50 Beamte bei Ausschreitungen verletzt“, „Patient schießt auf Polizisten“... Meldungen wie diese häufen sich in jüngster Zeit. Jeden Tag werden in Deutschland Polizisten Opfer von Gewalt: Sie werden angespuckt, beleidigt, geschlagen, sogar angeschossen. Polizeiexperten schlagen angesichts des wachsenden Gewaltpotenzials Alarm - und warnen vor einer Verrohung der Gesellschaft. Die Politik will gegensteuern.

Die schwarz-rote Koalition in Berlin will mit einer neuen Kampagne auf die zunehmende Gewalt gegenüber Polizisten und anderen Einsatzkräften reagieren. In Stuttgart erprobt die Bundespolizei seit dieser Woche den Einsatz von Körperkameras. Bei diesen Bodycams handelt es sich um kleine Digitalkameras, die die Polizisten an der Uniform tragen und zur Dokumentation des Einsatzgeschehens verwenden. Stuttgart ist Teil eines Pilotprojekts der Bundespolizei, das auch München, Düsseldorf, Köln und Berlin umfasst. Ziel der Körperkameras sei es, potenzielle Angreifer durch die Tatsache, dass sie gefilmt werden, von Gewalt abzuhalten, sagt ein Sprecher des Innenministeriums in Stuttgart. Die landesweite Einführung der Körperkameras soll stufenweise erfolgen - beginnend mit den Polizeipräsidien Stuttgart, Mannheim und Freiburg. Dafür müsse das Polizeigesetz geändert werden. Die Regelung könne aber erst in der anstehenden Legislaturperiode beschlossen werden.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) ist **mehr Schutz für Polizisten dringend nötig**. Zwar gehört es zum Job, meist dann einzugreifen,

wenn Menschen in Gefahr sind - doch beobachtet die Gewerkschaft mit Sorge, dass die Bereitschaft zu Gewalt gegen Polizisten immer häufiger werde. „Neben regelmäßigen verbalen Gewaltattacken, wie Beschimpfungen und Pöbeleien, gibt es immer wieder auch Fälle schwerer Gewaltanwendung“, sagte stellvertretender Landesvorsitzender Jürgen Engel in einer jüngst veröffentlichten Mitteilung mit Blick auf eine Messerattacke gegen einen Polizisten in Karlsruhe.

Weniger Respekt, mehr und brutalere Angriffe - diesen Trend verdeutlichen auch die Kriminalstatistiken. So stieg die Zahl der Attacken bundesweit von 48 752 (2011) auf 55 738 (2014). **Im vergangenen Jahr wurden 62 000 Beamte angegriffen**. Auch in Baden-Württemberg nimmt das Gewaltpotenzial stetig zu. Nach Angaben des Innenministeriums wurde 2015 mit 3929 Fällen von Gewalt gegen Polizisten der Höchstwert aus dem Jahr 2012 (3794 Fälle) übertroffen. Rund 8000 Polizisten wurden dabei zu Opfern - ein Anstieg um 6,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Warum werden die Helfer selbst zur Zielscheibe?

Die Gefahr für die Beamten sei noch größer, als es die Zahlen der Kriminalstatistik offenbarten, sagt Polizeipsychologe Adolf Gallwitz von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis). Gefühlt haben laut ihm die Gewalt, die Beleidigungen und die Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten im Einsatz noch deutlicher zugenommen. **Häufig erstatteten die Polizisten aber keine Anzeigen**. „Niemand möchte mehr belehrt, gemäßregelt oder in seinem

Verhalten eingeschränkt werden“, mahnt Gallwitz. „Die Reaktionen darauf konnten in den letzten Jahren von Beleidigung über Körperverletzung bis hin zu Totschlag führen.“ Dieser Wandel mache sich **bereits bei nichtigen Zurechtweisungen** im Alltag bemerkbar - etwa wenn ein Hund seinen Kot mitten auf dem Gehweg ablegt, beim Parken drei Plätze belegt werden oder jemand mit seinem Auto verkehrt in eine Einbahnstraße fährt.

Polizeibeamte würden im Rahmen ihrer Ausbildung zwar auf solche Übergriffe vorbereitet und darin geschult, Verletzungen zu vermeiden und beruhigend zu wirken. „**Was im Innern der Beamten letztlich übrig bleibt, wissen wir nicht**“, sagt Psychologe Gallwitz. „Die psychologische Wirkung einer Tätigkeit, in der sie ständig zu Rechtfertigungen veranlasst, angegriffen, angespuckt oder verletzt werden, ist leicht nachvollziehbar.“

DPoIG: Zu wenig Seelsorger

Für belastete Polizisten gibt es aus Gewerkschaftssicht zu wenige kirchliche Seelsorger. „Dieser Bedarf ist aus meiner Sicht nicht gedeckt“, sagte der Vize-Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Ralf Kusterer, der Deutschen Presse-Agentur. Zunehmende Gewalt gegenüber den Beamten, zusätzliche Aufgaben und zugleich fehlendes Personal führten zu einer „überbordenden Belastung“, sagte Kusterer. Mehr Traumatisierungen und physische und psychische Erkrankungen seien die Folge - über alle Besoldungs- und Laufbahngruppen hinweg. Kirchliche Polizeiseelsorger sind Kusterer zufolge unverzichtbar für die Betreuung und Fürsorge der Polizeibeamten. Quelle: dpa

Erfolgreicher DPoIG-Betreuungseinsatz auf Landesmesse und in Stuttgart

DPoIG-Betreuungsteams betreuten Kolleginnen und Kollegen während eines Großeinsatzes. Stringente Linie der Einsatzleitung ließ Chaoten keinen Raum. DPoIG begrüßt die Rückkehr zu bewährten taktischen Einsatzmittel.

Vom 30.04. bis 01.05.2016 fand auf der Landesmesse Stuttgart der Bundesparteitag der AfD statt. Das örtliche Polizeipräsidium rechnete neben rund 1.000 friedlichen Gegendemonstranten mit der bundesweiten Anreise mehrerer hundert Linksautonomen. Vergleichbare Lagen wie zuletzt 2015 in Frankfurt (Eröffnung der EZB-Zentrale) und in Weinheim (NPD-Bundesparteitag) ließen massive Gewaltanwendung gegen Einsatzkräfte oder alternativ gegen Einrichtungen im Umfeld der Messe erwarten. In der Spitze waren über 1.700 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz. Auch viele Kräfte aus Bayern und Hessen waren da.

Bewährte Betreuungsteams von DPoIG und JUNGE POLIZEI durften nicht fehlen.

Schon in den frühen Morgenstunden des Samstag wurden vom linksautonomen Spektrum bengalische Feuer und Böller gezündet. Kurz vor sieben Uhr verummte sich ein großer Teil der überwiegend schwarz gekleideten Personen. Aus der Menge heraus wurden Einsatzkräfte mit Leuchtraketen beschossen.

„Friedlicher Protest ja. Unfriedlich dulden wir nicht.“

Der Polizeiführer hatte im Vorfeld öffentlich angekündigt, keinerlei unfriedliche Aktionen zu dulden. Mehrere hundert offenbar gewaltbereite Personen wurden umfasst. Fast zeitgleich liefen mehrere Personengruppen auf die Fahrbahnen der B 27 und der Autobahn A 8. Mitgebrachte Autoreifen wurden aufgestapelt und angezündet. Auf der A 8 wurden zwischen dem Fließverkehr Rauchfackeln und bengalische Feuer abgebrannt. Nach diesen Blockaden wurden



Umfassung einer Gruppe unfriedlicher Personen. Wasserwerfer schützen die Einsatzkräfte.

weitere hundert Störer in Gewahrsam genommen. Bis zum späten Vormittag kam es immer wieder zu gewalttätigen Angriffen gegen unsere Polizeikollegen und gegenüber anreisenden Teilnehmern des Parteitags. An den Absperrungen wurden Polizeikräfte durch teils verummte Gewalttäter körperlich und durch Flaschenwürfe attackiert. Teilweise mussten zur Abwehr Pfefferspray eingesetzt werden. Das Einsatzkonzept ging auf: Alle

angemeldeten Veranstaltungen konnten störungsfrei abgehalten werden. Insgesamt wurden 600 Personen erst umfasst und in Gewahrsam genommen. Die Abarbeitung der Ereignisse und Maßnahmen dauerten bis zum späten Abend. Ein weitgehend friedlicher Protestzug zog am Nachmittag unter starker Polizeibegleitung durch die Stuttgarter Innenstadt.



Ein DPoIG-Betreuungsteam Seite an Seite mit den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen. Die Betreuer überzeugten sich vor Ort von den Einsatzbedingungen und hatten als Ergänzung zur Einsatzverpflegung nützliche Utensilien, Erfrischungen und Snacks mit an Bord.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Kolleginnen und Kollegen an den Ereignisorten, in den Umfassungen, der Beweissicherung, in den Bearbeitungsstraßen der Sammelstellen sowie in den Bereichen Ermittlungen sowie Logistik und Versorgung leisteten über Stunden, bis in den späten Abend, wirklich hervorragende Arbeit.

DPoIG-Betreuer vor Ort

Die Betreuungsteams der DPoIG versorgten die oft über Stunden an den verschiedenen Ereignisorten gebundenen Kräfte mit Snacks, rhino[®]s-Energydrinks und anderen Getränken. Heiß begehrt war der frisch zubereitete heiße Kakao mit Sahnehaube. Auch allerlei Nützliches hatten die freiwilligen Helferrinnen und Helfer mit an Bord. Damenhygieneartikel waren ebenso nachgefragt, wie Papiertaschentücher oder Desinfektionssprays. Die auf mehrere Fahrzeuge verteilten DPoIG-Teams statteten jeder noch so entlegenen Einheit mindestens einen Besuch ab und waren stets gern gesehen.

Bestmöglicher Schutz für Einsatzkräfte gefordert!

Als bei der Umfassung einer größeren Gruppe am Flughafen unsere Kolleginnen und Kollegen von außen gestört und angegriffen wurden, entschied der örtliche Polizeiführer, die Maßnahme durch Wasserwerfer absichern zu lassen. Erwartungsgemäß ließen die Störungen schnell nach, als die großen Fahrzeuge erkennbar einsatzbereit waren. Erst vor wenigen Wochen waren bei einer Kurdendemo (ohne Wasserwerfereinsatz) fünfzig verletzte Polizistinnen und Polizisten zu beklagen gewesen. Das darf nie wieder passieren!

„Dadurch dass der Reutlinger Polizeiführer den Einsatz so konsequent und entschlossen geführt hat, wurde unseren Kolleginnen und Kollegen an den Absperrungen viel Ärger erspart“, sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Engel.

Schlussendlich wurden drei Polizeibeamte durch direkte Gewalteinwirkung von Störerseite leicht verletzt. Angesichts der gesamten Dimension dieses Großeinsatzes eine wirklich herausragende Bilanz.



Ganz gleich ob auf der Landesmesse, vor dem Stuttgarter Schloss, in der Stuttgarter City oder am Flughafen - den Betreuungsteams der DPoIG war es ein Anliegen, nach den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen zu sehen und diesen damit ganz selbstverständlich etwas Gutes zu tun.